



SUCHT | SCHWEIZ



Schweizer Suchtpanorama 2020

Mediendossier

SPERRFRIST: 04.02.2020 – 5.00 Uhr

PRÄVENTION | HILFE | FORSCHUNG



Welches sind die aktuellen **Konsumtrends** bei Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz? Welche **Probleme** manifestieren sich beim Konsum von Medikamenten, beim Geldspiel und beim Internetgebrauch?

Das jährlich erscheinende Schweizer Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert neuste Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und kommentiert. Die Darstellung der einzelnen Bereiche mündet einleitend in eine übergreifende Medienmitteilung, ein Fazit, das auch die Rolle der Politik kritisch anspricht.

Inhalt

Medienmitteilung

Sucht: Die Produktvielfalt überfordert den Staat

<i>Medieninformationen zu folgenden Bereichen:</i>	<i>Seite</i>
Alkohol.....	7
Tabak.....	12
Illegale Drogen.....	17
Medikamente	22
Geldspiel.....	27
Internet.....	31

Auskünfte

Monique Portner-Helfer

Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Markus Meury

Mediensprecher

mmeury@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 63

Sucht Schweiz

Av. Louis-Ruchonnet 14
CH-1003 Lausanne

Tel. 021 321 29 11
Fax 021 321 29 40
PC 10-261-7
www.suchtschweiz.ch



SUCHT: DIE PRODUKTEVIELFALT ÜBERFORDERT DEN STAAT

Sucht Schweiz präsentiert im Schweizer Suchtpanorama 2020 die neusten Zahlen und Trends zu psychoaktiven Substanzen, dem Online-Verhalten und Geldspiel. Konsumierende stehen heute vor einer grösser werdenden Produktvielfalt mit zum Teil aggressiven Marketingkampagnen der Anbieter. Es stellen sich gesundheitliche und rechtliche Fragen. Doch niemand hat den Durchblick. Sucht Schweiz appelliert an die Politik und staatlichen Behörden, den Lead zu ergreifen und die nötigen Mittel zu mobilisieren.

Verwirrend viele Marken und Geschmacksrichtungen von potenziell suchterzeugenden Produkten stehen heute zur Auswahl. Was welche Risiken birgt, ist oft unscharf. Bei den Nikotinprodukten zeigt sich das rasch wachsende Angebot exemplarisch. Stark beworbene Tabakerhitzer drängen auf den Markt, während gleichzeitig Mundtabak (Snus) salonfähig wird und eine bunte Palette an E-Zigaretten zu haben ist. Nicht immer ist klar, was in den Produkten genau drin ist. Das gilt selbst bei den alt bekannten Alkoholika: Zutaten wie Zusatzstoffe und Nährwerte müssen nicht deklariert werden. Alles scheint möglich. Gibt es morgen das mit Alkohol versetzte Mineralwasser wie in den USA? Oder wer hätte gedacht, dass wir es heute mit so unterschiedlichen Produkten zu tun haben wie Salben, Duft-Öle oder Kaugummis mit CBD-Cannabis?

Grosse Schäden können entstehen, wenn niemand die Verantwortung übernimmt

Politik und Behörden sind oft überfordert, mit der Realität Schritt zu halten und eine Risikoeinschätzung abzugeben. Oft fehlt es an unabhängiger Forschung und darauf aufbauend Massnahmen, die den Zugang und die Attraktivität der Produkte regeln. Dass es wichtig ist, von Beginn weg genau hinzuschauen, zeigt zum Beispiel die Opioid-Tragödie in den USA, welche stündlich mehrere Todesopfer fordert. Die Krise begann mit der raschen Zunahme bei der Verschreibung von Opioid-basierten Schmerzmitteln in den 1990er Jahren. Begünstigt wurde die fatale Entwicklung durch die laxe Regulierung des Medikamentenmarktes. Als die Behörden die fahrlässige Verschreibungspraxis erschweren, bahnte sich die nächste Tragödie an. Viele Abhängige stiegen um auf das illegale und billigere Heroin.

Nikotinabhängigkeit darf nicht wieder zur Norm werden

Wie war das doch einfach: Zu Zeiten des Marlboro-Mannes war klar, in welcher Form das Nikotin zu konsumieren war. Es folgten aromatisierte und dann Light-Zigaretten. Und heute suggeriert die Werbung, dass es keinen Grund mehr gibt zu rauchen, wo es doch Tabakerhitzer gibt. Die Werbung der Tabakmultis kommt neuerdings daher wie jene für einen Vorsorgeplan. Die Nikotinsucht ganz clean.

Nikotinprodukte wie E-Zigaretten mit weniger Risiken als die klassische Zigarette können beim Rauchausstieg nützlich sein. Suchtfachleute sind sich gleichzeitig einig: Dampfen



darf für Jugendliche nicht das neue Rauchen werden. Minderjährige Nichtraucher sollten gar nicht erst damit anfangen. Sie sind sehr anfällig für eine Nikotinabhängigkeit – was die Hirnentwicklung beeinträchtigt. Neue Tabakprodukte setzen Kinder früh der Gefahr einer Abhängigkeit aus – mit dem Risiko, dass viele sich später nicht mehr lösen können und damit die Profite der Tabak- und E-Zigarettenindustrie sichern. Der beispiellose Erfolg der Juul E-Zigarette in den USA zeigt, wie ein trendig aufgemachtes Produkt, mit modernsten Marketing-Techniken in Verkehr gebracht, gerade junge Menschen zu Konsumierenden macht.

Der Staat muss sich die Mittel geben, um neue Produkte besser zu bewerten und ihre Markteinführung zu regeln. Die steigende Vielfalt der Produkte erfordert dringend eine „Steuerung“, erklärt Grégoire Vittoz, Direktor von Sucht Schweiz. Es braucht eine Instanz, die das Heft in die Hand nimmt – auch mit Blick auf die Generationen von morgen.

Junge Menschen im Fokus des Marketings

Junge Menschen sind eine besonders wichtige Zielgruppe der Anbieter, gilt es doch, neue Konsumentengruppen an ein Produkt heranzuführen und zu binden. Die Allgemeinheit hält indes wenig von der Werbeflut. Zwei Drittel der Schweizer [Bevölkerung](#) befürworten in einer repräsentativen Umfrage im 2018 ein Verbot von Alkoholwerbung an Sportveranstaltungen. Und ebenfalls nahezu zwei Drittel sprechen sich für ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte aus (inkl. am Verkaufsort wie Kiosk). Fakt ist: Werbung verharmlost ein Produkt und macht es attraktiver. «Wir wollen keine Werbung für Tabakprodukte und plädieren dafür, die Alkoholwerbung in der heutigen Form grundsätzlich in Frage zu stellen», fasst Grégoire Vittoz, Direktor von Sucht Schweiz, zusammen.

Mehr kritische Debatten

Es braucht mehr gesellschaftliche Debatten wie jene rund um das Tabak-Sponsoring an der Weltausstellung 2020 in Dubai. Dass das Engagement eines Tabakmultis für den Schweizer Pavillon unangebracht ist, wurde in der hitzig geführten Diskussion rasch klar. Das ist ein starkes gesellschaftliches Signal für kommende Generationen. Voraussetzung sind gute Argumente – und hier spricht die Problemlast eine deutliche Sprache: Mehr als 20% der über 9 Millionen Todesfälle in der europäischen WHO-Region (2016) gehen aufs Konto psychoaktiver Substanzen. Bei den 15- bis 24-Jährigen ist Alkohol die Todesursache Nummer eins. In der Schweiz sind es über 11'000 suchtbedingte Todesfälle, wobei ein Grossteil dem Tabakkonsum anzulasten ist.

Suchtpanorama im «Schnelldurchlauf»

Alkohol – auch für die Jüngsten gibt's etwas

Die problematischen Konsummuster akzentuieren sich. Bei den über 65-Jährigen sind die Raten chronisch Trinkender bis 2017 gestiegen. Und ein Anstieg beim Rauschtrinken ist in fast allen Altersklassen zu beobachten, besonders jedoch bei den jungen Frauen, wo der Anteil von 12% (2007) auf 24% (2017) steigt. Sie werden mit fruchtig-süssen Bieren oder trinkfertigen Cocktails kräftig umworben. Wie die Tabakkonzerne in den 1990er Jahren bringt die Alkoholindustrie Light-Getränke oder aromatisierte Drinks auf den Markt. Und damit alle etwas finden, gibt's eine bunte Palette an Shots, verpackt wie Schleckzeug, die



in einem Zug getrunken werden. Das Marketing will die nächste Generation so früh wie möglich ans Trinken heranführen. Die Verharmlosung ist augenfällig.

Tabak: Immer mehr Nikotinprodukte

Während die Raucherquote bei gut einem Viertel der Bevölkerung verharrt, kommen mit der Freigabe von Snus und nikotinhaltigen Flüssigkeiten ständig neue Nikotinprodukte hinzu – die auch bei Jugendlichen beliebt sind. Die Risiken werden allerdings erst mit der Zeit klar. Fakt ist: Es gibt keine Nikotinprodukte ohne Risiko, aber die mit den geringsten Risiken könnten gewissen Menschen beim Ausstieg helfen. Hierzu wäre allerdings eine individuelle Gesundheitsberatung vonnöten und nicht ein grenzenloses Marketing, wie es aktuell der Fall ist. Es braucht eine viel striktere Regulierung der Zigarette: Rund zwei Drittel der Bevölkerung fordern ein totales Werbeverbot. Denn mit 5 Milliarden Franken pro Jahr sind die sozialen Kosten des Rauchens sehr hoch.

Illegaler Cannabismarkt = grösster Drogenmarkt

Die jüngsten Daten zum Konsum illegaler Drogen in der Schweiz deuten auf eine relativ stabile Situation hin. In grossen Städten ist der Konsum von Kokain und Ecstasy aber weiterhin hoch gegenüber vergleichbaren Städten im Ausland. Beim Cannabis zeigen die jüngsten repräsentativen Daten von 2017 einen Anstieg gegenüber 2012. Zu bedenken ist, dass legale CBD-Produkte seit 2016 erhältlich sind, die wohl einen Teil dieses Mehrkonsums erklären. Der illegale Cannabismarkt ist der mit Abstand grösste illegale Drogenmarkt in der Schweiz, aber sein Umsatz und die Gewinne dürften tiefer liegen als jener von Kokain. Die Anzahl neuer psychoaktiven Substanzen (NPS), die hauptsächlich online gekauft werden, steigt weiterhin. Allein Ende 2019 wurden 13 neue Substanzen in der Schweiz verboten.

Medikamente

Die Zahlen der Lieferungen und der Verkäufe von opioidhaltigen Schmerzmitteln steigen weiterhin an, doch anders als in den USA gibt es hierzulande (bislang) keine grösseren Probleme. Dies dank der stärkeren Kontrolle der Verschreibungen und der Limitierung der Marketingmöglichkeiten in der Schweiz. Wachsamkeit ist aber angesagt. Bei starken Schlaf- und Beruhigungsmitteln (wie z.B. Benzodiazepinen) scheint die Situation auf hohem Niveau stabil zu bleiben, schätzungsweise 350'000 Personen sind aber Langzeitbezügler. Das Problembewusstsein scheint in der Fachwelt zuzunehmen, aber die Umsetzung von Vorschlägen zur Senkung des Verbrauchs lässt auf sich warten.

Geldspiele ohne Grenzen

Die meisten, die an Glücksspielen teilnehmen, haben keine Probleme damit. Doch 3% der befragten Personen wiesen im Jahr 2017 ein exzessives Spielverhalten auf. Spielende im Onlinebereich gehen mehr Risiken ein. Wer männlich, jung und einkommensschwach ist, ist besonders gefährdet. Spielanreize gibt es mit dem riesigen Online-Angebot und der Öffnung des Online-Marktes für Schweizer Casinos mehr denn je. Viele Online-Geldspiele sehen heute aus wie Video-Spiele, sie orientieren sich am Zeitgeist und ziehen junge Generationen in den Bann.



Ständig online – nicht immer ohne Probleme

Zwischen 1 und 4% der Bevölkerung ab 15 Jahren weisen eine problematische Internetnutzung auf, wobei jüngere Menschen häufiger betroffen sind – eine Altersgruppe, die generell mehr online ist. Das kaum regulierte Internet bietet Chancen und Risiken. Dazu zählt die Vermischung mit Geldspielen. Videospiele als Konsumprodukte haben sich mit dem Aufkommen von Kaufsystemen im Spiel (z.B. «loot boxes») oder «Free-to-play»-Spielen mit Geldeinsatz stark verändert. Das Angebot und die Bewerbung sind gross und Produkteabgrenzungen verschwimmen.

zahlen-fakten.suchtschweiz.ch bietet Videos, Grafiken und Hintergründe

Wer sich rasch einen Überblick über neuste Konsumtrends verschaffen will oder ein Thema vertieft recherchiert, findet auf der Webseite zahlen-fakten.suchtschweiz.ch suchtspezifische Informationen und aktuelle Zahlen. Auf diesen Seiten finden Sie

- **69 Infografiken** mit Kennzahlen zum Substanzkonsum oder zu Verhaltensweisen mit Suchtpotenzial, zu Folgen und zum Marktgeschehen
- **5 Erklärvideos** über einzelne Substanzen oder Verhaltensweisen
- **105 interaktive Abbildungen** zur aktuellen Situation in der Schweiz sowie Entwicklungen der letzten Jahre
- **Informationen** zu Wirkung, Risiken, rechtlichen Grundlagen sowie zur Prävention im Zusammenhang mit Substanzen und Verhaltensweisen mit Suchtpotenzial.

Sämtliche Infografiken und Abbildungen können mit Quellenangaben weiterverwendet und bei Bedarf angepasst werden.

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen. Das Dienstleistungsangebot von Sucht Schweiz ist nur möglich dank regelmässigen Geldspenden.



ALKOHOL

KONSUMFORMEN SPITZEN SICH ZU UND JUGENDSCHUTZ GREIFT ZU WENIG

Heute betrinken sich mehr Menschen mindestens einmal pro Monat als noch gut zehn Jahre zuvor. Und bei den über 65-Jährigen sind die Anteile chronisch Trinkender unverändert hoch. Das Marketing profitiert von der schwachen Regulierung – Alkohol kann fast ohne Einschränkung verkauft und beworben werden und der Vollzug des Jugendschutzes zeigt die bekannten Lücken. Derweil buhlen Shots verpackt wie Schleckzeug um die Gunst der Jüngsten. Das darf nicht sein.

Hoher Anteil chronisch Trinkender bei über 65-Jährigen

Beim jährlichen Pro-Kopf-Konsum, basierend auf Verkaufszahlen, zeigt sich in den letzten 20 Jahren eine stetige Abnahme. Dieser Konsum betrug im Jahr 2018 [7.7 Liter](#) reiner Alkohol.

Detaillierte Zahlen aus der jüngsten Schweizerischen Gesundheitsbefragung zeigen gleichzeitig einen Anstieg des Rauschtrinkens im Jahr 2017 im Vergleich zu 2007 (bei einer Gelegenheit mind. 5 Gläser bei Männern und 4 Gläser bei Frauen; mind. einmal pro Monat). Dieser Anstieg ist in fast allen Altersklassen zu beobachten, besonders jedoch bei jungen Frauen (15–24 Jahre), wo der Anteil von 12% (2007) auf 24% (2017) steigt.

Der [chronische Alkoholkonsum](#) mit einem mittleren oder erhöhten Risiko (Männer durchschnittlich 4 Gläser und mehr, Frauen 2 Gläser und mehr pro Tag) ist in der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren seit 1997 in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz vor allem bei Männern rückläufig. Im Jahr 2017 trinken 4.7% der Bevölkerung ab 15 Jahren chronisch risikoreich. Zwischen 2012 und 2017 ist dieser Anteil in etwa gleichgeblieben. Bei den 15- bis 24-Jährigen gab es bis 2012 einen Anstieg; im 2017 war der Anteil mit 5.3% in etwa gleich hoch wie zehn Jahre zuvor.

Bei den über 65-Jährigen sind die Anteile chronisch Trinkender (mit einem mittleren oder erhöhten Risiko) unverändert hoch. Nach einem Rückgang zwischen 2002 und 2012 sind die Raten bis 2017 wieder gestiegen: 6.2% bei den 65- bis 74-Jährigen und 6.4% bei den über 75-Jährigen.

Der tägliche Alkoholkonsum ist bei Männern und Frauen in den letzten zehn Jahren rückläufig. Auffallend sind die hohen Raten bei Menschen im Rentenalter. So trinken 41% der über 75-jährigen Männer täglich Alkohol. Der Anteil der Personen, die täglich konsumieren, steigt mit dem Alter an.

Rauschtrinken bei Jugendlichen bleibt auf gleichem Niveau

Erkenntnisse zum Alkoholkonsum der 11- bis 15-Jährigen liefert die internationale Studie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC), 2018. Danach tranken 11% der



15-jährigen Jungen und 4% der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal pro Woche Alkohol. (2014 waren es 10% bzw. 6%).

Das Rauschtrinken bleibt ebenfalls auf etwa demselben Niveau wie schon vier Jahre zuvor: 27% der 15-jährigen Jungen und 24% der gleichaltrigen Mädchen haben mindestens einmal in den letzten 30 Tagen fünf oder mehr alkoholische Getränke bei einer Gelegenheit getrunken. (2014 waren es 27% bzw. 23%). In der HBSC-Studie wird der punktuell exzessive Alkoholkonsum auch anhand der «selbstwahrgenommene Trunkenheit» geschätzt. Bei den 15-Jährigen gaben 18.5% der Jungen und 11% der Mädchen an, sich mindestens zweimal im Leben richtig betrunken gefühlt zu haben. (2014 waren es 16% bzw. 13%).

Europa: mehr als 2 Flaschen Wein pro Woche

[Europa](#) hat ein Alkoholproblem: Aus einem vor kurzem veröffentlichten [Bericht der WHO](#) geht hervor, dass der schädliche Alkoholkonsum nicht in dem erwarteten Masse rückläufig ist, obwohl alle Länder den Europäischen Aktionsplan zur Verringerung des schädlichen Alkoholkonsums (2012–2020) unterzeichnet haben. Im Durchschnitt trinken Erwachsene (ab 15 Jahren) in den Ländern der EU sowie Norwegen und der Schweiz umgerechnet mehr als zwei Flaschen Wein pro Woche. (siehe auch [Beitrag](#) von EUCAM).

Trendwende bei den alkoholbedingten Spitaleinlieferungen

Die kontinuierliche Beobachtung der Spitaleinlieferungen zeigt die Trends bei den alkoholbezogenen Diagnosen. Im Jahr [2016](#) wurden rund 11'500 Personen wegen einer Alkoholvergiftung stationär im Spital behandelt. Alkoholvergiftungen treten mit zunehmendem Alter häufiger auf, wobei in fast der Hälfte der Fälle auch eine Abhängigkeit diagnostiziert wird. Bei jungen Menschen (10- bis 23-Jährige) nahmen die Diagnosen der Gruppe Alkoholintoxikation langfristig (2003 bis 2016) um 23% bei Jungen/Männern und 36% bei Mädchen/Frauen zu. Im gleichen Zeitraum zeichnet sich bei allen Altersgruppen eine Trendwende ab: Die Diagnosen erreichten 2008 einen Peak und sanken bis 2016 wieder auf ein Niveau im Bereich von 2003. Dafür werden mehrere Gründe diskutiert: Nebst einem veränderten Konsumverhalten im öffentlichen Raum könnten u.a. die Einführung von Notfallbetten und zentralen Ausnüchterungszellen oder der Trend zu mehr ambulanten Behandlungen eine Rolle spielen. (vgl. auch [Faktenblatt](#) des BAG)

Jugendkultur im Wandel

Ein im Jahr 2019 publizierter Bericht von Sucht Schweiz liefert [Erklärungsansätze](#) für die Entwicklung des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Zahlen ([HBSC](#)) bestätigen, dass etwa seit der Jahrtausendwende der Alkoholkonsum von 11- bis 15-Jährigen in der Schweiz zurückging – wie auch in vielen Ländern Europas, Nordamerikas und Australasiens. Es deutet einiges darauf hin, dass sich der Konsum von Jungen und Mädchen annähert, was eher auf einen Konsumrückgang bei den Buben zurückzuführen ist. Einige Studien gehen davon aus, dass Verschiebungen in den Geschlechterrollen stattgefunden haben. International zeigt sich zudem, dass die Eltern ihrem Nachwuchs mehr Zeit widmen.



«Vorglühen» - nicht nur ein Jugendphänomen

Die Rolle des Geschlechts und des Alters beim sog. Vorglühen beleuchtet eine Studie eines internationalen Autorengremiums. Unter Verwendung von Daten aus dem Global Drug Survey wurden die Anteile der Pre-Drinker für 27 Länder geschätzt. Der Anteil pro Land reichte von gut 18% (Griechenland) bis 86% (Irland). Obwohl die Prävalenz dieses Verhaltens vor allem junge Erwachsene betrifft, fällt auf, dass die entsprechenden Anteile selbst nach dem 30. Altersjahr in einigen Ländern konstant bleiben oder sogar ansteigen.

Fast die Hälfte der Behandlungen wegen Alkohol

Laut neusten Schätzungen, die auf einer umfassenden Befragung der Suchthilfeeinrichtungen basieren, erfolgt rund die Hälfte der [Behandlungseintritte](#) in die spezialisierte Suchthilfe (2018) in der Schweiz wegen Alkohol als Hauptproblem. In fast 70% der Fälle sind Männer betroffen und das Durchschnittsalter beträgt 46 Jahre (Männer und Frauen etwa gleich). Die Schätzungen zur Entwicklung der Behandlungsnachfrage für Alkohol als Hauptproblem seit 2013 weisen auf eine Abnahme hin (Index 2013-2018: -10.3%).

Es tut sich nichts in der Alkoholpolitik

Der Jugendschutz bzw. die Abgaberegulungen greifen nach wie vor ungenügend und die Politik bewegt sich kaum, um den Gesundheitsschutz zu stärken, obwohl sich die [Bevölkerung](#) eine stärkere Regulierung wünschen würde.

Der [Alkoholverkauf an Jugendliche](#) geht nicht zurück: Trotz Abgabeverbot wird bei Testkäufen in der Schweiz in rund 30 % aller Fälle gesetzeswidrig Alkohol an Minderjährige verkauft. Diese Zahl [stagniert](#) seit 2009. Eine [Studie](#) von Sucht Schweiz zeigt, dass es vor allem dort zu illegalen Verkäufen kommt, wo das Verkaufspersonal unter Stress handelt oder wo Betriebe die Abwanderung der Kundschaft zur Konkurrenz befürchten.

Die parlamentarische Initiative des Zürcher SVP-Nationalrats Claudio Zanetti zur [Abschaffung der Biersteuer](#) wurde im März 2019 vom Nationalrat abgelehnt. An der Biersteuer, die nicht als Lenkungsabgabe konzipiert ist, scheint sich niemand wirklich zu stören, selbst die Brauereien nicht.

Der Nationalrat will keine Einschränkungen beim Alkoholausschank in [Autobahnraststätten](#) schaffen. Er hat eine entsprechende Motion von Laurence Fehlmann Rielle (SP/GE) deutlich abgelehnt. Im Herbst 2017 hatte das Parlament beschlossen, das Verkaufs- und Ausschankverbot für Alkohol auf Raststätten nach über 50 Jahren aufzuheben.

Kleine Verschärfung bei der Spirituosenwerbung

Nach bisheriger Praxis waren kleine, geringwertige Gebrauchsgegenstände als Give-aways toleriert worden, auch wenn sie keinen Zusammenhang mit dem Produkt hatten. Dies stand im Widerspruch zum Wortlaut des Gesetzes. Der «Leitfaden zur Spirituosenwerbung» wurde im letzten Jahr entsprechend angepasst.



(K)ein Schritt zurück

Im Kanton Neuenburg hat das Parlament Anfang September 2019 eine Motion der Jeunes libéraux-radicaux abgelehnt, die ihrerseits Trinkspiele und Happy Hours wieder legalisieren wollten. Die Legislative hat damit Präventionsaspekte stärker gewichtet.

In Chur soll es wieder erlaubt werden, nach Mitternacht auf öffentlichem Grund Alkohol zu trinken. Im Polizeigesetz soll jener Passus gestrichen werden, mit dem sich die Alpenstadt einst den Ruf einhandelte, das «strengste Polizeigesetz der Schweiz» zu haben. Die Churer Stadtregierung teilte im Juli mit, dass sie ein «liberaleres [Polizeigesetz](#) in die Vernehmlassung » schicke.

Bewegung in Schottland

Die in [Schottland](#) im Mai 2018 eingeführten Mindestpreise für Alkoholika scheinen sich zu bewähren. Wie beabsichtigt drosselten jene Haushalte ihre Auslagen, die den meisten Alkohol gekauft haben. Offenbar gelang es, relativ billigen Alkohol weniger erschwinglich zu machen, was sich wiederum positiv auf die öffentliche Gesundheit auswirken sollte. Ein Mindestalkoholpreis soll Anfang März auch in [Wales](#) in Kraft treten.

Keine Billigstalkoholika rund um die Uhr

Ausdifferenzierte Produktkategorien sprechen spezifische Kundensegmente an. Da z.B. die aromatisierten oder kalorienreduzierten Biere für ein weibliches Publikum. Dort die kindlich und bunt aufgemachten Shots, die mehr an Schleckzeug erinnern als an Alkohol. In den USA wird gar ein mit Alkohol versetztes Mineralwasser vertrieben.

ALKOHOL



In Anbetracht der immensen alkoholbedingten Schäden braucht es mehr strukturelle Massnahmen, welche die Erhältlichkeit und die Attraktivität vermindern. Alkoholkonsum ist das [siebtgrösste vermeidbare Risiko](#), vorzeitig zu sterben. Er begünstigt über [200 Krankheiten](#). Alkohol ist billig, rund um die Uhr sowie überall erhältlich und beworben – das hält den Konsum hoch.



Zum **Preis**: Einen halben Liter Bier für weniger als 50 Rappen oder eine Flasche Wodka für zehn Franken sind aus Präventionssicht ein «No go». Und mehr als die [Hälfte](#) der Bevölkerung würde einem Mindestpreis zustimmen. Wer jung und wenig Geld hat oder jene, die viel trinken, konsumieren mehr, wenn's billig ist. Was häufig vergessen geht: Alkohol ist bei 15- bis 24-Jährigen die [Todesursache](#) Nummer eins.

Mit jährlich über 22'000 Personen mit alkoholbezogener Diagnose allein im Spital bleibt ein grosser Handlungsbedarf. Der nächtliche Alkoholverkauf über die Gasse muss nicht sein, dies unterstützen mehr als 40% der Bevölkerung. Kantone in der Romandie machen es vor und sollten mehr Nachahmung finden. So ist im Kanton Waadt der **Bier- und Spirituosenverkauf** in Geschäften ab 21 Uhr verboten. Damit gingen die Hospitalisierungen wegen Alkoholvergiftung um 40% zurück. Begleitmassnahmen wie systematische **Schulungen** des Personals an allen Verkaufsorten sowie **Testkäufe** verstärken die Wirkung. Testkäufe zur Stärkung des Jugendschutzes sollten ausgeweitet und regelmässig durchgeführt werden. Dass das Abgabealter breit akzeptiert ist, zeigt sich auch daran, dass über 70% der Bevölkerung ein einheitliches Abgabealter von 18 Jahren auch für Bier und Wein befürworten.

Damit jede Generation nicht von neuem mit allen Mitteln ans Trinken herangeführt wird, braucht es die Debatte darüber, wie Alkohol **angepriesen** werden darf.

Zudem braucht es **Transparenz** bezüglich der Risiken. Alkohol ist weit gefährlicher, als viele denken. So erhöht er das Risiko an Krebs zu erkranken. Besonders häufig sind Tumore im oberen Verdauungstrakt, an der Leber und im Darm sowie bei Frauen in der Brust. Sensibilisierung ist auch deshalb wichtig, um die meist stark tabuisierten alkoholbedingten Probleme auszusprechen. Betroffenen und Angehörigen fällt es so leichter, Unterstützung zu holen.



TABAK

Immer mehr Produkte: noch mehr Nikotin oder weniger Schäden?

Während die Raucherquote bei gut einem Viertel der Bevölkerung verharrt, kommen mit der Freigabe von Snus und nikotinhaltigen Flüssigkeiten ständig neue Nikotinprodukte hinzu – die auch bei Jugendlichen beliebt sind. Die Konsumierenden sind unsicher, da die Risiken erst mit der Zeit klar werden. Fakt ist: Es gibt keine Nikotinprodukte ohne Risiko, aber die mit den geringsten Risiken könnten gewissen Menschen beim Ausstieg helfen. Hierzu wäre allerdings eine individuelle Gesundheitsberatung vonnöten und nicht ein grenzenloses Marketing in der Gesamtbevölkerung, wie es aktuell der Fall ist. Es braucht eine viel striktere Regulierung der Zigarette, was auch die Bevölkerung immer stärker fordert. Denn mit 5 Milliarden Franken pro Jahr sind die sozialen Kosten des Rauchens viel zu hoch. Wird das Parlament jetzt endlich die nötigen Massnahmen ergreifen?

Aktuelle Situation: Trend zu zusätzlichen Nikotinprodukten

Mehrkonsum bei den Jugendlichen? E-Zigaretten, Shisha und Snus im Trend

Die Daten der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung](#) zeigen, dass im Jahr 2017 noch immer gut ein Viertel der Schweizer Bevölkerung raucht. Rund 19% rauchen täglich, was einem leichten, aber nicht signifikativen Rückgang um 1.3% seit 2012 entspricht. Die Detailzahlen zu den Produkten werden erst im Sommer 2020 veröffentlicht.

Die neuen Zahlen aus der Schülerstudie [«Health Behaviour in School-aged Children»](#) (HBSC) aus dem Jahr 2018 zeigen, dass der Tabakkonsum unter den Elfjährigen noch sehr tief ist, um danach stark anzusteigen. Unter den 15-jährigen SchülerInnen rauchten bereits fast 10% der Buben und 7.7% der Mädchen mindestens wöchentlich, 5.6% der Buben und 3.6% der Mädchen gar täglich. Fast die Hälfte unter ihnen hat die Zigaretten auch selber gekauft, rund drei Viertel haben sie auch von Freunden oder Verwandten erhalten.

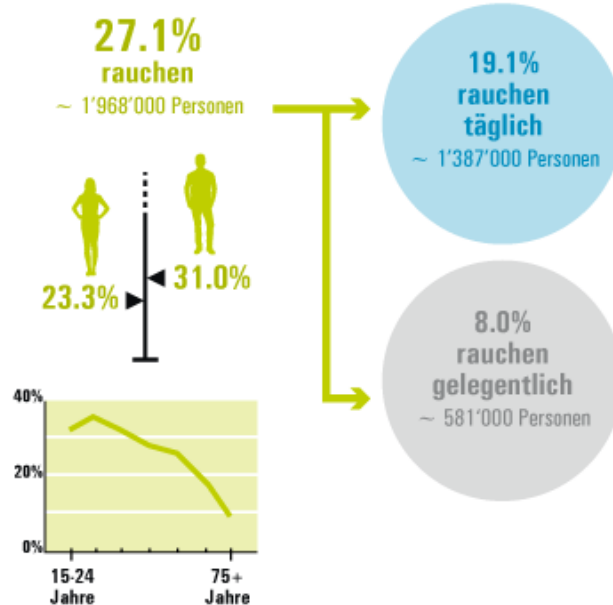
Das Jugendalter ist erwiesenermassen entscheidend für den Einstieg in den Konsum von Nikotinprodukten, deshalb ist ein Blick auf die neuen Konsumtrends wichtig. Die Raucherquote ist zwar unter den SchülerInnen zwischen 2014 und 2018 leicht zurückgegangen. Gleichzeitig haben über 50% der 15-jährigen Buben und 33% der gleichaltrigen Mädchen bereits einmal eine E-Zigarette ausprobiert. Letzteres ist mehr als bei der klassischen Zigarette. Zudem haben in den letzten 30 Tagen vor der Befragung rund 14% der 15-jährigen Buben Shisha geraucht und 6% Snus konsumiert. So scheint der Nikotinkonsum insgesamt zuzunehmen.



Bezüglich rauchlosen Tabakprodukten hat das Bundesamt für Gesundheit mit der Erhebung [«Lifestyle und Gesundheit»](#) neue Zahlen vorgelegt: So konsumierten im Jahr 2018 2.5% der Gesamtbevölkerung rauchlose Tabakprodukte wie Snus, Schnupf- oder Kautabak. Snus macht dabei 0.9% aus, diese Zahl stammt aber aus der Zeit vor der Legalisierung des Verkaufs in der Schweiz vom Mai 2019. Rauchlose Produkte werden am häufigsten von Gelegenheitsrauchenden konsumiert, am wenigsten von Ex-Rauchenden. Als Mittel zum Aufhören wird Snus hierzulande noch kaum genutzt.

TABAK

Tabakkonsum in der Bevölkerung ab 15 Jahren (2017)



Quelle: SGB (BFS, 2018)

Markt: Kampf um Kundschaft

Die Anzahl verkaufter industrieller Zigaretten sank von 2017 bis 2018 wiederum leicht (von 9,57 Milliarden auf 9,2 Milliarden Stück). Umgekehrt hat die Einfuhr von Tabak für Zigaretten zum selber drehen zwischen 2014 und 2018 um 18% zugenommen und auch der Shishakonsum nimmt zu.

Für Tabakprodukte zum Erhitzen wurden auch im vergangenen Jahr grosse Marketinganstrengungen unternommen, so beispielsweise mit der umstrittenen Gratisabgabe von Erhitzern durch Philip Morris. Der Produzent beziffert den Marktanteil seines Produktes IQOS in der Schweiz auf 2.5%.

Bei den rauchlosen Tabakprodukten hat sich der Markt verändert: Im Mai 2019 hat das Bundesgericht entschieden, dass Snus auch innerhalb der Schweiz legal verkauft werden darf. Darauf sind mehrere Produzenten mit aggressivem Marketing neu im Schweizer Markt eingestiegen. Marktzahlen sind nicht erhältlich.



Auch bei den E-Zigaretten sind keine Marktzahlen erhältlich. Es ist aber davon auszugehen, dass die Verkaufszahlen nach der faktischen Freigabe des inländischen Verkaufs von nikotinhaltigen E-Liquids durch das Bundesverwaltungsgericht im 2018 gestiegen sind. Die Freigabe hat auch zum Einstieg von Juul und Japan Tobacco im Schweizer E-Zigarettenmarkt geführt. Die Diskussion um die Juul-Epidemie unter Jugendlichen in den USA hat in der Folge zu einer «Selbstbeschränkung» des Verkaufs von E-Zigaretten an nur über 18-Jährige durch die Vertreiber geführt.

Inzwischen scheint die Diskussion um die Krankheits- und Todesfälle nach dem Konsum von E-Zigaretten in den USA den [Absatz](#) in der Schweiz gebremst zu haben. Hinweise deuten darauf hin, dass diese Fälle durch [Vitamin E-haltige Liquids](#) aus dem Schwarzmarkt verursacht wurden. Aus heutiger Sicht können vor allem rauchlose Tabakprodukte und Nikotinverdampfer weiterhin als wahrscheinlich weniger schädliche Produkte für einen Teil der Rauchenden als Ausstiegshilfen dienen, aber sie dürften nicht durch breite Werbung zusätzlich gefördert werden.

Mehrheit möchte eigentlich aufhören – und meint aber auch, eine Reduktion tut's schon

Nach der Befragung [«Lifestyle und Gesundheit»](#) möchten rund 60% der Rauchenden mit dem Rauchen aufhören. Eine Mehrheit glaubt aber, dass die Reduktion der Anzahl der gerauchten Zigaretten pro Tag auch die Risiken linear reduziert. Doch bereits ein täglicher, wenn auch geringer Konsum, schadet der Gesundheit überproportional.

Gesellschaftliche Kosten von 5 Milliarden Franken pro Jahr

Eine [Studie](#) hat im September 2019 neue Zahlen zu den gesellschaftlichen Kosten des Rauchens vorgelegt: Alleine das Rauchen (ohne Konsum von anderen Tabakprodukten und Passivrauch) führt jährlich in der Schweiz zu direkten medizinischen Kosten von 3 Milliarden Franken. Auf die Behandlung von Krebserkrankungen entfallen 1,2 Milliarden Franken, auf Herz-Kreislaufkrankheiten 1 Milliarde Franken und auf Erkrankungen der Lunge und der Atemwege 0,7 Milliarden Franken. Die 3 Milliarden Franken entsprechen 3.9% der gesamten Gesundheitsausgaben der Schweiz im Jahr 2015. Die Produktionsverluste durch den Tabakkonsum betragen 2 Milliarden Franken. Sie sind die Folge von Ausfällen wegen Krankheit, Invalidität bzw. Tod vor der Pensionierung.

Politik: Doch noch Werbeverbote? – Die Bevölkerung will mehr

Tabakproduktegesetz: Nach dem heftigen Widerstand der Wirtschaft und einiger Parteien in der Vernehmlassung hat der Bundesrat am 30. November 2018 eine abgespeckte Version des Tabakproduktegesetzes in die parlamentarische Beratung geschickt. Snus sowie nikotinhaltige Liquids für E-Zigaretten sollen neu ins Gesetz aufgenommen werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, auch Tabakerhitzer und E-Zigaretten dem Passivrauchgesetz zu unterstellen. Hingegen wurde das Verbot von inhalationserleichternden Zusätzen sowie Verbote von Werbung, die oft von Jugendlichen gesehen wird, fallengelassen. Einzig das nationale Abgabalter von 18 Jahren ist im Entwurf verblieben. Unter Druck des Skandals um das Sponsoring der Schweizer Präsenz an der Weltausstellung in Dubai und der Einreichung der Initiative «Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»



nahm der Ständerat im September 2019 doch wieder einige Werbeverbote ins Gesetz auf, damit es möglicherweise mit dem WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs kompatibel ist. Die neue Zusammensetzung des Nationalrats nach den Wahlen könnte es ermöglichen, dass diese Werbeverbote auch im Nationalrat durchkommen.

In den Kantonen bewegt sich dafür bereits heute etwas: Mit den Kantonen Thurgau, Solothurn, Genf und Wallis haben weitere Kantone das Abgabalter für Tabakprodukte auf 18 Jahre erhöht. Immer mehr Kantone (TG, BL, BS, GE, VS) führen nun auch für E-Zigaretten eine Alterslimite von 18 Jahren ein oder diskutieren entsprechende Gesetze (BE).

Die Bevölkerung hat genug von Tabakwerbung

Laut der Erhebung [«Lifestyle und Gesundheit»](#) waren im Jahr 2018 64% der Bevölkerung für ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte (nur 20% sprachen sich dagegen aus), und 63% für ein Sponsoringverbot (21% dagegen). Gar 78% sprachen sich auch für ein Rauchverbot auf Spielplätzen aus sowie eine Mehrheit für eine Erhöhung des Preises pro Päckli auf 10 Franken.

Kein Wunder, dass in den letzten Jahren eine Art Bottom-up-Bewegung in Gang gekommen ist: Proteste gegen den Dubai-Deal, Volksinitiative «Kinder ohne Tabak», Kampagne #fillthebottle gegen Zigarettenstummel, Einschränkungen durch Unternehmen (Jobs nur für Nichtraucher; Bahnhöfe) und immer mehr Gemeinden (z.B. rauchfreie Spielplätze).

Andere Länder gehen unterdessen noch weiter, wie Frankreich, Grossbritannien und Australien, die die Zigarettenpreise weiter anheben oder immer mehr [Länder](#) die neutrale Einheitspackungen eingeführt haben. In den USA plant die «Food and Drug Administration», den Nikotingehalt der Zigaretten zu senken, hat aber gleichzeitig Snus und IQOS als risikoreduzierte Produkte auf dem amerikanischen Markt zugelassen.

Wie weiter? Zigarette unattraktiver machen und Produkte nach Risiken regulieren

Es ist ungewiss, ob der Nationalrat den (für einen umfassenden Schutz eigentlich noch ungenügenden) Zugeständnissen des Ständerates im Sinne der Prävention folgen wird. Solange wird sich die Zivilgesellschaft weiterbewegen (müssen). Dies mit den möglichen Mitteln: Initiativen, Protesten, Aktionen und wenn nicht anders möglich mit Konsumverböten. Letztere sollten eigentlich der letzte Ausweg sein. In einer Gesellschaft, welche die individuelle Freiheit hochhält würde es besser akzeptiert, wenn das bis heute aggressive Tabakmarketing beendet und damit die jungen Menschen weniger zum Rauchen animiert würden, oder wenn weitere Massnahmen wie in Grossbritannien oder Australien ergriffen würden (Preiserhöhungen, Einschränkung der Erhältlichkeit etc.). So würde die Raucherquote wie in den meisten Industrieländern automatisch sinken. Auch die Schweiz sollte deshalb schnellstens die von der Bevölkerung gewünschten Werbeverbote und preislichen Massnahmen umsetzen sowie die Einheitspackung einführen, die sich international schrittweise etabliert und das Rauchen nachweislich unattraktiver macht.



Die immer neuen Produktkategorien machen den Markt laufend unübersichtlicher (es gibt längst nicht mehr einfach «nur» Zigaretten). Gleichzeitig begünstigen sie den Nikotinkonsum – denn so lange nicht genau geklärt ist, ob diese Produkte wirklich viel weniger schädlich sind, haben die Anbieter einen Kommunikationsvorsprung gegenüber dem Gesetzgeber und der Prävention und können die Konsumierenden von ihrer Sicht der Dinge überzeugen. Es dauert Jahre, bis die unabhängige Forschung nachweisen kann, wie gross die Risiken wirklich sind. Mit der Regulierung der neuen Produkte kann aber nicht so lange zugewartet werden. Die Produkte sollten nach Risikopotenzial unterschiedlich reguliert werden, was im Fall der Schweiz allerdings heissen würde, vor allem die klassischen Zigaretten massiv unattraktiver zu machen. Die sehr liberalen Voraussetzungen für den Handel mit Zigaretten in der Schweiz behindern sowohl den Rauchstopp als auch den vollständigen Umstieg auf risikoreduzierte Produkte für Menschen, die den Rauchstopp im Moment nicht schaffen. Zudem stellt sich die Frage, ob der Rauchausstieg genügend gefördert wird: Haben wir genügend einfach zugängliche und ausgebildete Rauchstopffachleute und -Zentren? Müssten Substitutionsprodukte nicht von den Krankenkassen bezahlt werden? Grossbritannien könnte hierzu ein Vorbild sein.



ILLEGALE DROGEN

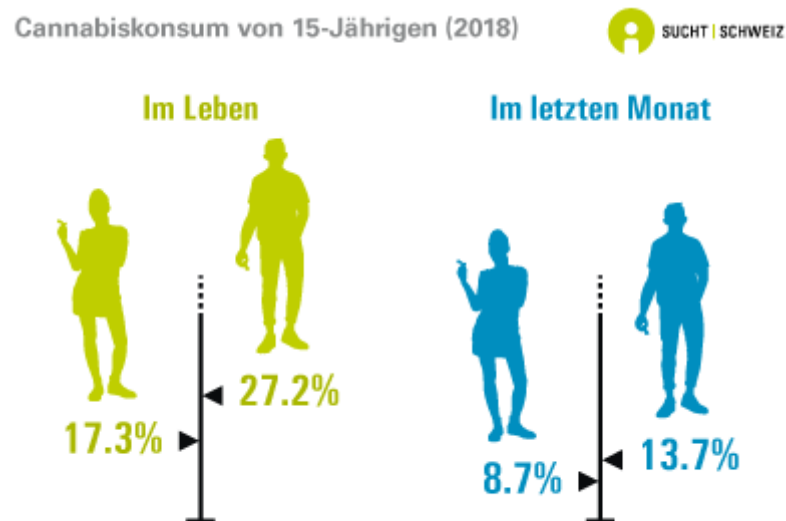
Stimulanzien in den Städten, Cannabis in der Politik

Die jüngsten Zahlen zum Konsum illegaler Drogen in der Schweiz zeichnen ein relativ stabiles Bild mit Prävalenzen, die oft im europäischen Mittelfeld liegen. Der Verbrauch von Stimulanzien in den grösseren Schweizer Städten ist jedoch hoch und der Handel mit Kokain und Ecstasy floriert mit reineren oder höher dosierten Produkten als früher. Politisch ist besonders beim Cannabis etwas in Bewegung gekommen. Die Legalisierungswelle in Nordamerika geht weiter und regt auch die Debatte hierzulande an.

Konsum: ein widersprüchliches Bild

Mehr als jede/r zehnte 15-jährige Schüler/in in der Schweiz gibt an, im letzten Monat Cannabis konsumiert zu haben. Diese Prävalenz ist bei den Jungen (2018: 13.7%) grösser als bei den Mädchen (8.7%) und hat sich seit 2014 kaum verändert. Der Anteil der 15-jährigen Schüler/innen, die mindestens einmal im Leben Cannabis konsumiert haben, geht seit 16 Jahren ständig zurück: von 45.9% bei den Jungen und 36.9% bei den Mädchen im Rekordjahr 2002 auf 27.2% bzw. 17.3% (2018). Auch wenn sich die Lage verbessert hat, bleibt festzuhalten, dass noch immer viele Jugendliche früh mit dem Cannabiskonsum beginnen.

ILLEGALE DROGEN



Anmerkung: Der Konsum illegaler Drogen wird in Befragungen möglicherweise unterschätzt.
Quelle: HBSC (Delgrande Jordan et al., 2019)



Die jüngsten repräsentativen Umfragewerte wurden 2017 im Rahmen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) erhoben. Sie ergeben, dass der Cannabiskonsum im Vergleich zu 2012 zugenommen hat. 2017 gaben 4% der Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an, dass sie im letzten Monat Cannabis konsumiert haben, während es 2012 noch 2.9% waren. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass 2016 «legales» CBD-Cannabis auf den Markt gekommen ist und diesen Anstieg teilweise erklären könnte. Bei Kokain und Ecstasy ist seit rund 15 Jahren ein Anstieg zu verzeichnen, bislang aber in mässigen Bahnen: 2017 gaben 0.9% der Bevölkerung an, im letzten Jahr Kokain konsumiert zu haben, während es bei Ecstasy 0.7% waren. Mindestens doppelt so viele Männer wie Frauen berichten vom Konsum illegaler Drogen, der bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 24 Jahre) am weitesten verbreitet ist.

Diese Zahlen zeigen, dass die Schweiz im europäischen Vergleich eher durchschnittliche Konsumraten aufweist, die bei Cannabis und Kokain höher sind als in Deutschland, aber tiefer als in Frankreich und Italien.

Eine weitere Methode zur Messung des Konsums illegaler Drogen besteht in der Abwasseranalyse. Fünf Schweizer Städte sind an einem europäischen Projekt beteiligt, das den Stand und die Entwicklung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Konsums in mehreren städtischen Zentren miteinander vergleicht. Die Datenerhebung 2018 ergibt, dass die Schweizer Städte beim Konsum von Kokain und Ecstasy Spitzenwerte aufweisen, nicht aber bei den Amphetaminen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Konsum insgesamt eher stabil.

Kokain und Ecstasy: florierende Märkte

Der letzte Weltrogenbericht weist bei der Produktion von Kokain in Südamerika mit knapp 2000 Tonnen pro Jahr einen Rekordwert aus. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) stellt eine Verdoppelung der beschlagnahmten Mengen in Europa sowie eine grössere Reinheit beim gehandelten Kokain ohne Preisanstieg fest. Ähnliche Trends sowie Rekordzahlen bei den Beschlagnahmungen wurden kürzlich auch in der Schweiz festgestellt. Sie zeigen, wie sich Kokain-Handel und -Nachfrage diversifiziert haben. Eine Auswirkung dieses Phänomens besteht darin, dass jene Personen, die sich wegen einem Drogenproblem bei der Notfallaufnahme von 26 europäischen Spitälern des Sentinella-Monitoringsystems melden, als konsumierte Droge am häufigsten Kokain nennen. In Grossbritannien hat sich die Zahl der kokainbedingten Todesfälle in den letzten Jahren verdoppelt. In der Schweiz lässt sich insbesondere ein Anstieg bei den kokainbedingten Behandlungsnachfragen und Verzeigungen feststellen.

Bei den Ecstasy-Pillen stellt die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) fest, dass die Menge des Wirkstoffs MDMA gestiegen ist. Auch dieses Phänomen lässt sich in der Schweiz nachweisen, insbesondere mit den Drug-Checking-Projekten in Zürich, Bern, Basel, Genf und seit Kurzem auch in Luzern. Der steigende Wirkstoffgehalt birgt das Risiko einer Überdosis, die unter anderem zu Übelkeit, Halluzinationen und Bewusstlosigkeit führen kann.



Politik im Ausland: immer wieder Cannabis

Die politischen Entwicklungen zu illegalen Drogen betreffen weiterhin hauptsächlich Cannabis. Das Parlament des bevölkerungsmässig sechstgrössten US-Bundesstaates Illinois hat 2019 die Produktion und den Verkauf von Cannabis an Erwachsene legalisiert. Bereits elf Bundesstaaten sowie die Hauptstadt Washington DC haben den Status von Cannabis geändert. Damit lebt rund ein Viertel der US-amerikanischen Bevölkerung in Gegenden, in denen die über 21-Jährigen legal an Cannabis kommen. Auch Kanada hat Cannabis vor etwas mehr als einem Jahr legalisiert. Die kanadische Gesetzgebung sieht zwei Regulierungsebenen vor: 1. Die Produktion, die unter die Kontrolle der Bundesbehörden fällt; 2. Vertrieb und Verkauf, welche unter die Kontrolle der Provinzen fallen. Dabei haben sich bei der Regulierung bereits äusserst grosse Unterschiede zwischen den Provinzen ergeben. Die einen beschränken sich auf die Regulierung eines privaten Markts, während andere, etwa Quebec, ein nicht Gewinn orientiertes Staatsmonopol schaffen, das sich an gesundheitspolitischen Kriterien orientiert.

In Europa hat sich die Regierung von Luxemburg zwei Jahre gegeben, um Cannabis zu legalisieren und zu regulieren. Die Niederlande werden in mehreren Städten versuchsweise eine Legalisierung der Cannabis-Produktion einführen. Bislang mussten sich die *Coffeeshops* auf dem Schwarzmarkt versorgen. In Lateinamerika erwägen die Regierungen von Mexiko und Kolumbien die Legalisierung und Regulierung von Cannabis. Damit würden sie Uruguay, dem ersten Land der Welt folgen, das diesen Schritt 2014 getan hat.

Erstmals seit einem halben Jahrhundert hat die UNO die Risiken von Cannabis einer wissenschaftlichen Prüfung unterzogen. Diese hat zur Empfehlung geführt, einerseits den Status von Cannabis zu ändern und seinen medizinischen Nutzen anzuerkennen, andererseits Cannabidiol (CBD) von den internationalen Drogenabkommen auszunehmen. Jetzt ist es an den Mitgliedsstaaten, diese Empfehlungen zu übernehmen und umzusetzen.

Schweiz: Cannabis auch hier

In der Schweiz besteht rund um die Möglichkeit, Cannabis zu therapeutischen Zwecken einfacher erhältlich zu machen, ein relativ breiter Konsens. Weniger eindeutig sieht es bei den Abgabeversuchen für Erwachsene aus, die von verschiedenen Städten und gewissen Kantonen gefordert werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat für den Gesetzesvorschlag des Bundesrats zusätzlich die Bestimmung beantragt, dass die Probanden die Teilnahme am Versuch ihrem Arbeitgeber respektive ihrer Ausbildungsstätte melden müssen. Dies hätte aber eine abschreckende Wirkung und würde die Versuche *de facto* undurchführbar machen. Danach folgte der Antrag, den Entwurf als Ganzes abzulehnen. Dieser Empfehlung leistete das Plenum aber nicht Folge.

Die Eidgenössische Kommission für Suchtfragen (EKSF) hat zu Cannabis neue Empfehlungen abgegeben. Wie schon die ehemalige Eidgenössische Kommission für Drogenfragen 1999 und 2008 empfiehlt auch die EKSF die Legalisierung von Cannabis mit einem strengeren, wirksameren Regulierungsmodell als demjenigen für Alkohol und Tabak. Überdies hat die EKSF zehn Jahre nach der letzten Revision das Betäubungsmittelgesetz einer



Prüfung unterzogen und empfiehlt eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes oder aber seine Abschaffung zugunsten von einschlägigen Bestimmungen in anderen Gesetzestexten (Heilmittelgesetz, Lebensmittelgesetz usw.).

Bei Cannabis trägt überdies ein Bundesgerichtsentscheid zur weiteren Verwirrung bei der Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes bei. Demnach soll der Besitz von weniger als zehn Gramm Cannabis bei Minderjährigen nicht mehr strafbar sein. Erwachsene, die Cannabis konsumieren, werden aber weiterhin gebüsst oder strafrechtlich verfolgt.

Bei einer Umfrage in der Schweizer Bevölkerung fiel lediglich ein Fünftel (19.9%) der Antworten zugunsten der geltenden Cannabisgesetzgebung aus. 18.7% wünschen einen restriktiveren Ansatz, während knapp 53% weniger Restriktionen möchten. 25.9% wollen eine Regulierung wie für Alkohol, 20.4% eine strengere Regulierung als Alkohol und 6.5% wollen lediglich den straffreien Konsum von Cannabis.

Eine Studie im Kanton Waadt liefert neue Kenntnisse zum illegalen Cannabis-Markt. So lässt sich in den Beschlagnahmungen der Polizei illegaler Cannabis nachweisen, der mit legalem CBD-Cannabis vermischt ist. Der Cannabis-Markt ist von allen illegalen Drogen der komplexeste, bestehen doch lokale Produktion und Import nebeneinander, aber auch überaus vielfältige Akteure, die von bisweilen gewalttätigen kriminellen Organisationen bis hin zum Hobby-Hanfbauern gehen. Aufgrund der Schätzungen für die Waadt kann davon ausgegangen werden, dass in der Schweiz jährlich rund 40 bis 60 Tonnen Cannabis konsumiert werden. Damit ist der Cannabis-Markt bei Weitem der grösste illegale Drogenmarkt, auch wenn der Umsatz zweifellos kleiner ist als für Kokain.

2020: erwartete Änderungen

Neben Cannabis für medizinische Zwecke stehen zwei weitere Themen auf der Traktandenliste des neu gewählten Parlaments:

Die wissenschaftlichen Versuche mit dem Cannabis-Verkauf an Erwachsene in gewissen Städten. Ist das Parlament bereit, den Versuch zu wagen, wie es etwa in der Waadt der Fall ist? Oder wird es sich dagegenstellen, möglicherweise indem es die Versuche undurchführbar macht? Angesichts der Entwicklungen im Ausland und der Empfehlungen von Fachleuten im Inland scheint es an der Zeit, dass auch unser Land vorwärts macht und eine Cannabis-Regulierung entwickelt, welche die Volksgesundheit, gerade die der Jüngsten, schützt und den Schwarzmarkt eingrenzt. Dabei muss insbesondere vermieden werden, dass ein legaler Markt entsteht, der unzureichend reguliert ist, wie dies in gewissen US-Bundesstaaten, aber auch bei uns mit dem CBD-Cannabis der Fall ist.

Das Postulat Rechsteiner, das eine Standortbestimmung für die schweizerische Drogenpolitik fordert. Dazu wurden im vergangenen Jahr bereits verschiedene Arbeiten ausgeführt, die zur Feststellung führen könnten, dass das aktuelle Betäubungsmittelgesetz (BetmG) unbefriedigend ist, gerade was Cannabis angeht, aber nicht nur. Am aktuellen Gesetz wird etwa der zu geringe Stellenwert der Schadensminderung bemängelt. Das



Postulat Rechsteiner könnte also dazu führen, dass das BetmG einer längst fälligen Revision unterzogen wird, die es nicht nur kohärenter machen, sondern auch den heutigen Herausforderungen anpassen würde.



MEDIKAMENTE

Medikamentenmissbrauch: Auf hohem Niveau stabil, aber noch wenig Gegenmassnahmen

Die Zahlen der Lieferungen und der Verkäufe von opioidhaltigen Schmerzmitteln steigen weiterhin an. Dank der stärkeren Kontrolle der Verschreibungen und der Limitierung der Marketingmöglichkeiten in der Schweiz besteht aber keine Opioidkrise wie in den USA. Die Entwicklung muss aber engmaschig verfolgt werden.

Bei starken Schlaf- und Beruhigungsmitteln (wie z.B. Benzodiazepinen) scheint die Situation auf (zu) hohem Niveau stabil zu bleiben – auch wenn die Anzahl der Bezüger sinkt, so nehmen weiterhin rund 350'000 Personen solche Medikamente über längere Zeit ein. Das Problembewusstsein scheint in der Fachwelt zuzunehmen, aber die Umsetzung von systematischen Massnahmen zur Förderung von Alternativen zu Benzodiazepinen lässt auf sich warten.

Hoher Konsum von Medikamenten mit Suchtpotenzial erfordert vertiefteres Wissen zur Verschreibungspraxis

Konsum von psychoaktiven Medikamenten durch Jugendliche

Laut der Studie [Health Behaviour in School-aged Children \(HBSC\)](#) haben im Jahr 2018 4.5% der 15-jährigen Jungen und 4.1% der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal im Leben bereits Medikamente genommen, um psychoaktive Effekte zu erleben, was bei den Jungen eine klare Steigerung im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutet. Im Vergleich zu den Mädchen haben die Buben seit 2010 aufgeholt, wobei die Raten zwischen 2014 und 2018 bei beiden Geschlechtern ähnlich ausfallen. Um welche Medikamente es sich dabei handelt, ist aufgrund der Fragestellung nicht bekannt.



MEDIKAMENTE

Medikamenteneinnahme
von 15-Jährigen (2018)



Einnahme um sich zu berauschen
(im Leben)



Quelle: HBSC (Delgrande Jordan et al., 2019)

Fokus Schmerzmittel auf Opioidbasis: Stetiges, aber abgebremstes Wachstum, und bisher keine verbreiteten Probleme wie in den USA

Die [Schweizerische Gesundheitsbefragung](#) von 2017 zeigt, dass der allgemeine Schmerzmittelkonsum (in den letzten 7 Tagen vor der Befragung) zwischen 2002 und 2012 stark angestiegen ist, danach bis 2017 aber praktisch gleich blieb.

Die Zahlen der Schweizer Zulassungsbehörde Swissmedic zu den opioidhaltigen Schmerzmitteln zeigen aber eine Steigerung der Lieferungen an die Ärzteschaft, Apotheken und Spitäler zwischen 2010 bis 2018. Parallel dazu weisen die Verkaufszahlen laut Branchenverband Interpharma zwischen 2014 und 2018 eine Steigerung von rund 18% bei den Opioidanalgetika aus.

Diese Zunahmen haben aber schon viel früher begonnen. Gemäss einer in der Revue Médicale Suisse veröffentlichten [Studie](#) sind die Lieferungen von opioidhaltigen Medikamenten zwischen 1985 und 2015 stark angestiegen, allerdings inklusive dem Heroinersatz Methadon. Ohne Methadon ist ein starker Anstieg zwischen 2004 und 2010 ersichtlich, seither steigen die Zahlen nur noch leicht.

Detaillierte Daten aus dem [Suchtmonitoring von 2016](#) zeigen einen leichten Anstieg des allgemeinen Gebrauchs von starken, zum Teil opioidbasierten Schmerzmitteln: 19.4% der Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten vor der Befragung mindestens einmal solche Medikamente genommen zu haben (gegenüber 17.3% im 2011). Der Anteil der Personen, die sie täglich oder fast täglich während mindestens eines Jahres einnahmen, ging zwischen 2013 und 2016 von 2.5 auf 1.8% zurück.



Eine unkontrollierte Verbreitung von opioidhaltigen Medikamenten wie in den USA ist in der Schweiz gemäss den vorliegenden Daten nicht auszumachen.

Opioidkrise in den USA

Die fatale Entwicklung in den USA wurde durch die sehr breite und unkontrollierte Verschreibung von Schmerzmitteln auf Opioidbasis ab den 1990er-Jahren ausgelöst, was zu einer grossen Zahl von Abhängigen und Todesfällen führte. Laut einer [amerikanischen Studie](#) wurden 8 bis 12% der Einnehmenden davon abhängig. Nachdem die Behörden begannen, die Verschreibung einzuschränken, beschafften sich viele Menschen die Produkte auf dem Schwarzmarkt oder stiegen auf Heroin oder das noch stärkere Fentanyl um. In ersten Prozessen wurden Schmerzmittelproduzenten, -Verteiler sowie verschreibende Ärzte in den USA zu Schadenersatzzahlungen verurteilt oder haben Vergleiche abgeschlossen. Zahlreiche weitere Prozesse sind hängig.

Fokus problematischer Langzeitgebrauch von Schlaf- und Beruhigungsmitteln: Zu viele Abhängige, aber positive Entwicklung hat begonnen

In der Umfrage [Lifestyle und Gesundheit](#) vom Jahr 2018 gaben 2.1% der Befragten einen chronischen Konsum von Schlaf- und Beruhigungsmitteln an (fast täglich in den letzten 3 Monaten). Eine fast tägliche Einnahme von solchen Medikamenten über mehrere Monate gilt als problematisch. Beim Konsum in den letzten 30 Tagen sind die Zahlen mit 7.7% ähnlich wie beim Suchtmonitoring im Jahr 2016 (7.4%).

In der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung vom Jahr 2017](#) gaben 6.7% der Befragten an, in den letzten sieben Tagen Schlaf- oder Beruhigungsmittel eingenommen zu haben (in der vorhergehenden Befragung vom Jahr 2012 waren dies noch 7.9%).

Auch die [Zahlen des Verbands Interpharma](#) verweisen in den letzten Jahren auf gleichbleibende bis leicht sinkende Verkäufe. Wie auch die Pionierarbeit mit Kanton Tessin zeigt, wo die Verschreibungsquote in fünf Spitälern offengelegt und die Patienteninformation verstärkt wurde, scheint das Problembewusstsein zuzunehmen.

In der [Suchtmonitoring-Befragung von 2016](#) gaben 2.8% der Schweizer Bevölkerung über 15 Jahren an, täglich oder fast täglich während mindestens eines Jahres Schlaf- oder Beruhigungsmittel einzunehmen, das sind hochgerechnet nahezu 200'000 Personen. Mit zunehmendem Alter steigt der Gebrauch, wobei es sich häufig um Benzodiazepine oder ähnliche Medikamente mit hohem Gewöhnungspotenzial handelt. Der Gebrauch über eine längere Zeit ist mit Risiken für die physische und psychische Gesundheit verbunden. In vier Fünfteln der Fälle wird die Einnahme ärztlich verschrieben, [meist gegen Schlafprobleme](#).

Laut Helsana haben im Jahr 2017 über 700'000 Personen in der Schweiz ein Benzodiazepin oder ein ähnliches Medikament bezogen, die Tendenz ist dabei sinkend. 80% erhalten diese Medikamente wegen Schlafproblemen, und rund 350'000 Menschen beziehen pro Jahr mindestens drei Packungen dieser Medikamente; sie gelten laut Helsana als Langzeitbezüger und sind somit wahrscheinlich davon abhängig.



Fokus Psychostimulanzien: Gebrauch wirft Fragen auf

Nach der Befragung [Lifestyle und Gesundheit](#) nahmen im Jahr 2018 1.5% aller Befragten Psychostimulanzien wie zum Beispiel Ritalin ein, 0.7% in den letzten 30 Tagen. Die entsprechenden Werte im Suchtmonitoring 2016 betragen 0.9 resp. 0.5%. Allerdings sind die Zahlen wegen der unterschiedlichen Befragungsweise nur bedingt vergleichbar.

In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen gaben im Rahmen von [Suchtmonitoring 2016](#) 3.3% der Befragten an, im letzten Jahr Psychostimulanzien eingenommen zu haben, mehr als ein Drittel von ihnen ohne Rezept. Im Jahr 2011 betrug der Wert noch 1.4%. Es handelte sich dabei meist um Arzneimittel, die gegen Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen verschrieben werden.

Psychostimulanzien zur Behandlung einer Aufmerksamkeits- oder Hyperaktivitätsstörung werden teilweise ohne medizinische Indikation zur Leistungssteigerung eingenommen. Die erhoffte Wirkung liess sich allerdings nicht schlüssig nachweisen. Um im Studium und an der Arbeit bessere Leistungen zu erzielen, steigt der [Gebrauch](#) in der Schweiz wie auch in anderen westlichen Ländern an.

Politik und Prävention: Die Lösungswege sind da, aber wer setzt sie um?

Auf politischer Ebene sind aktuell trotz den teilweise hohen Raten an problematischem Benzodiazepin-Konsum und steigendem Konsum von opioidhaltigen Schmerzmitteln praktisch keine Aktivitäten festzustellen. Immerhin hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine [Auslegeordnung zum problematischen Gebrauch von psychoaktiven Medikamenten](#) erarbeiten lassen. Darin werden auch die Problematiken der einzelnen Medikamentengruppen sowie die Situationen, die zu übermässigem Bezug oder übermässiger Verschreibung führen, dargestellt.

Opioidbasierte Schmerzmittel

Die Kontrollen bei der Verschreibung von opioidbasierten Schmerzmitteln scheint sich in der Schweiz zu bewähren. Die Zunahme des Gebrauchs könnte bisher hauptsächlich Ausdruck einer verbesserten Schmerzversorgung sein. Es stellt sich die Frage, ob sich die geltende Praxis auch künftig bewährt, falls Schmerzmittel von Patienten und Patientinnen vermehrt verlangt und das Medikamentenmarketing verstärkt würden. Um ein «Ärzt hopping» in verschiedene Kantone oder Notfallstellen zu vermeiden bräuchte es eine verbesserte Koordination zwischen den Kantonen und entsprechende Kontrollsysteme wie ein nationales Verschreibungs- und Abgaberegister, wie der Bericht des BAG anregt.

Nach der Auslegeordnung des BAG kommt es bei Schmerzmitteln häufig vor, dass Personen, die aufgrund von Schmerzen mit Opioiden behandelt werden, diese auch nach Abschluss der eigentlichen Therapie weiter einnehmen, da diese Präparate auch



stimmungsaufhellend wirken. Hier sollten andere Lösungen angeboten werden. Im Rahmen der ambulanten Nachsorge nach Spitalaustritten müsste die Schmerzmittel-Dosierung engmaschig überwacht werden.

Handlungsbedarf besteht auch beim Monitoring. So wären regelmässig durchgeführte Befragungen zum Gebrauch nötig, um rechtzeitige Interventionen zu ermöglichen.

Benzodiazepine: Kritischere Auseinandersetzung mit der Verschreibung gefragt

Eine physische Abhängigkeit kann sich entwickeln, wenn benzodiazepinartige Schlaf- oder Beruhigungsmittel täglich über vier bis acht Wochen eingenommen werden. Für ältere Menschen bergen diese Arzneimittel grössere Risiken, weil die Wirkdauer bei ihnen länger ist und sie empfindlicher auf die das zentrale Nervensystem dämpfenden Wirkungen reagieren. Verwirrtheit, Stürze oder Pseudodemenz zählen zu den Folgen. Zudem werden in höherem Alter oft auch andere Medikamente verschrieben, was Wechselwirkungen fördert. Die Sensibilisierung von älteren Menschen und Gesundheitsfachpersonen für die Risiken einer Benzodiazepinabhängigkeit müsste verstärkt werden.

Die Medizinalpersonen in Apotheken und Arztpraxen sind daher gefordert. Aufklärungsarbeit, präventive Massnahmen und alternative Lösungen sollten aber auch strukturell gefördert werden: In der Aus- und Fortbildung müsste der problematische Gebrauch von Arzneimitteln verstärkt behandelt werden. Zudem bräuchte es mehr Leitlinien für die Praxis, wie in schwierigen Fällen vorgegangen werden kann. Nach einer Untersuchung im Kanton Freiburg wünschen sich viele Medizinalpersonen auch eine verbesserte Zusammenarbeit untereinander und mit den Behörden.



GELDSPIEL

SPIELLENDE UND ANGEHÖRIGE VERLIEREN IMMER

Geschätzte 192'000 Personen spielen in der Schweiz exzessiv um Geld. Die Schweizer Lotterien sind unter den Spielenden in der Schweiz am stärksten verbreitet. Wer online spielt, geht potenziell mehr Risiken ein. Die Online-Angebote sind permanent verfügbar, der Bezug zum realen Geld und die soziale Kontrolle fehlen. Derweil ist der Vollzug des IP-Blockings, der Sperrung nicht bewilligter Online-Spielangebote, mit Schwierigkeiten behaftet. Im Zuge der Öffnung des Geldspielmarktes für Online-Casinospiele bräuchte es mehr Massnahmen, um Spielende zu schützen.

Rund drei Prozent spielen risikoreich um Geld

2,8% der befragten Personen zeigen im Jahr 2017 ein risikoreiches; 0,2% ein pathologisches [Spielverhalten](#). So das Ergebnis einer von der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK) und der interkantonalen Lotterie- und Wettkommission (Comlot) gemeinsam in Auftrag gegebenen Studie, die auf Daten der jüngsten Schweizerischen Gesundheitsbefragung beruht. Die am häufigsten gespielten Spiele waren die Schweizer Lotterien (48,2%), gefolgt von anderen Glücksspielen wie Tombola oder privaten Spielen (14,3%). Im internationalen Vergleich entsprechen diese Zahlen in etwa den Prävalenzwerten anderer Länder.

Eine [Studie](#) des Westschweizer Spielsucht-Präventionsprogramms PILDJ zeigt zudem, dass Online-Glücksspielangebote vorwiegend von einem männlichen Publikum genutzt werden. Jeder zehnte Spielende weist dabei ein problematisches Spielverhalten auf. Die Risikobereitschaft ist bei Jüngeren und Einkommensschwachen am höchsten. Online-Lotterien und Rubbellose sind unter den Spielenden in der Schweiz am meisten verbreitet (rund 85%). Weiter spielen knapp 20% Sportwetten, gefolgt von Casinospielen, dem Pokern, Finanz- und eSport-Wetten. Ein besonders hohes Risikoverhalten zeigt sich bei Sportwetten und Casinospielen. Bei Lotterien und Rubbellosen spielen deutlich weniger Menschen problematisch, durch die starke Verbreitung ist die Problemlast dort trotzdem am grössten.

Insgesamt berichteten Spielende, die in den letzten 30 Tagen Geld für Onlinegeldspiele ausgegeben haben, über eine durchschnittliche monatliche Ausgabe von 122.- CHF. Schätzungsweise ein Viertel der erfassten Ausgaben entfiel auf Spiele, für die zum Zeitpunkt der Umfrage kein legales Angebot bestand.

Spielende im Onlinebereich gehen potenziell ein überdurchschnittlich hohes Risiko ein. Die Online-Angebote sind permanent verfügbar, der Bezug zum realen Geld geht verloren und eine soziale Kontrolle fehlt. Wenn das Gerät wie das Handy jederzeit verfügbar ist, scheint sich das Gefährdungspotenzial für problematisches Spiel zu akzentuieren.



GELDSPIEL

Geldspiel in der Bevölkerung
ab 15 Jahren (2017)



Anmerkungen: häufiges Spiel = monatlich mindestens eine Art von Glücksspiel; exzessives Spiel = risikoreiches und pathologisches Spiel in den letzten 12 Monaten nach einem DSM-5-basierten Instrument.
Quelle: SGB (Dey & Haug, 2019)

Zunahme des Geldspielumsatzes in der Schweiz

Mit Schweizer Lotterien und Wetten wurden im Jahr 2018 2,87 Milliarden Franken umgesetzt, wie aus der Lotterie- und Wettstatistik des Bundesamtes für Justiz hervorgeht. Dies entspricht einer Zunahme von 1,9% gegenüber 2017. Swisslos sowie die Loterie Romande erzielten knapp 44% des gesamten Bruttospielertrages. Im Jahr 2018 erzielten die Schweizer Casinos einen Bruttospielertrag von gut 703,6 Millionen Franken, das sind mehr als 3% mehr als im Jahr zuvor. Die Spielbankenabgabe belief sich auf fast 332,2 Millionen. Die Bruttospielerträge beliefen sich im Jahr 2018 insgesamt auf 1647 Mio. Franken und die Abgaben für gemeinnützige Zwecke, AHV/IV etc. auf 921 Mio. Franken. Dem stehen Sozialkosten von mindestens 551 Mio. gegenüber.

Ende 2018 lag die Zahl der schweizweit geltenden freiwilligen oder angeordneten Spielsperren bei 57'174. Die Sperre gilt für alle Schweizer Casinos und mit dem neuen Gesetz auch für die Onlineangebote der Lotterien.

Für viele Jugendliche gehören Glücksspiele zum Alltag

Im Rahmen der Längsschnittstudie GenerationFRee wurde zwischen 2014 und 2018 das Verhalten von über 2000 jungen Freiburgerinnen und Freiburgern untersucht, namentlich was Glücks- und Geldspiele anbelangt. Die Studie zeigt, dass diese Spiele zum Leben der Jugendlichen dazu gehören, knapp 40% haben im Jahr 2018 gespielt. Ihre Eltern sind sich dieser Tatsache jedoch nur selten bewusst. Aus diesem Grund sollen sie stärker sensibilisiert werden, damit sie den Jugendlichen eine Präventionsbotschaft übermitteln können, wie der Kanton Freiburg mitteilte. Der Anteil an gefährdeten und problematisch Spielenden ist zwischen 2014 und 2018 von 0,4 auf 4,5% gestiegen, wobei in der letzten Kategorie nur wenige Mädchen anzutreffen sind.



Vollzug des „IP-Blockings“ ist mit Schwierigkeiten behaftet

Seit Januar 2019 sind neu alle Geldspiele im Bundesgesetz über Geldspiele (BGS) geregelt. Es vereint das bisherige Spielbankengesetz (von 1998) und das Lotteriegesetz (von 1923). Das neue Gesetz öffnet den Markt für legale Angebote von Casinospielen im Internet; auch für Lotteriespiele gilt neu ein Mindestalter von mindestens 16 Jahren; kleine Pokerturniere ausserhalb von Casinos sind mit Bewilligung nun möglich. Dass zur Erarbeitung des Sozialkonzepts die Anbieter mit Fachpersonen zusammenarbeiten können, aber mit dem neuen Gesetz nicht mehr dazu verpflichtet sind, löste bei Suchtfachleuten enttäuschte Reaktionen aus.

Die Spielbank in Baden hat im Juli 2019 als erstes Casino der Schweiz eine Spielplattform [online](#) geschaltet. Danach haben die Spielbanken in Luzern, in Pfäffikon und in Davos Online-Spiele angeboten. Auch die Casinos in Bern und Interlaken dürfen solche Spiele anbieten.

Seit Inkrafttreten der neuen Bestimmungen hat die Eidgenössische Spielbankenkommission ESBK begonnen, nicht bewilligte Online-Geldspielangebote zu prüfen. Sie veröffentlicht auf ihrer [Webseite](#) eine Liste von Geldspielen mit gesperrtem Zugang. Wie sich aber bald zeigte, blieben zahlreiche gesperrte Seiten aus diversen (technischen) Gründen eine Zeit lang weiterhin zugänglich. Die Umleitung auf die Stopp-Seite der ESBK funktioniert u.a. je nach Einstellungen des Browsers nicht. Ziel ist es, dass Spielende, die eine illegale Glücksspielseite aufrufen, auf die Internetseite www.stoppage-bgs.esbk.admin.ch umgeleitet werden.

Spielerschutz hinkt der Realität hinterher

Mit der Öffnung des Schweizer Geldspielmarktes für Online-Casinospiele seit Anfang 2019 braucht es aus Präventionssicht mehr begleitende Massnahmen für den Spielerschutz. Dazu zählt ein strikterer Vollzug des IP-Blockings, d.h. die **Sperrung nicht bewilligter ausländischer Online-Geldspielangebote**.

Zudem braucht es griffigere Massnahmen, um ein problematisches Spiel zu vermeiden oder frühzeitig zu erkennen. Nebst den [Sozialkonzepten](#), welche in der Schweiz für Casinos verpflichtend sind, sind Massnahmen angezeigt wie landesweit gültige personalisierte Spielerkarten, welche ein Monitoring und eine bessere **Identifikation von Problem-spielenden** – auch im Lotterie- und Wettbereich ermöglichen. Wünschenswert ist auch ein **Verbot von Push-Nachrichten**, die fortlaufend zum Spiel animieren.

Die Spielsperrmöglichkeit ist ein bewährtes präventives Instrument. Doch in der Schweiz gesperrte Personen spielen oft im grenznahen Ausland weiter. Eine **Kooperation von grenznahen Casinos** im Rahmen von Spielsperren ist äusserst wünschenswert.

Damit [Unterstützung](#) leichter erfolgen kann und mehr Betroffene fachliche Hilfe suchen, ist mehr **Sensibilisierung der Allgemeinbevölkerung** und der Glücksspiel-Betroffenen angezeigt. Auch im letzten Herbst sorgte eine [Kampagne](#) für Sensibilisierung – dieses Mal mit dem Fokus auf dem Bereich «Online-Glücksspiele». Das interkantonale Programm Spielen ohne Sucht lancierte diese digitale Sensibilisierungskampagne im Auftrag von



16 Deutschschweizer Kantone. Mit leicht ironischen Kurzfilmen werden die Risiken und das Suchtpotenzial von Online-Glücksspielen aufgezeigt. Zudem werden Tipps und Hilfsangebote vermittelt.

Im Hinblick auf ein eventuell zukünftiges Monitoring ist der Zugang zu Daten für die **Forschung** nötig. Viele Daten sind vorhanden, müssten aber von den Aufsichtsbehörden und Anbietern zugänglich gemacht werden. Nur so können zukünftige Präventions- und Spielerschutzmassnahmen auf wissenschaftlicher Basis aufbauen und Risikogruppen in den Fokus nehmen.



INTERNET

UMGANG MIT DIGITALEN MEDIEN MUSS WEITER GEFÖRDERT WERDEN

Es ist nicht leicht, sich im Angebotsdschungel digitaler Medien zurechtzufinden. Zwischen 1 und 4% der Bevölkerung ab 15 Jahren nutzen das Internet auf problematische Weise. Während Videospiele zunehmend als kulturelles Gut gesehen werden, sind gerade Produkte mit Kaufsystemen im Spiel als riskant einzustufen – die Grenze zum Geldspiel wird fließend. Gezielte Regulierung und viel Aufklärung sind vonnöten. Um die jungen Generationen zu schützen, müssen Eltern und Schulen gestärkt werden. Hier herrscht Nachholbedarf.

Junge Menschen besonders von problematischer Nutzung betroffen

Digitale Medien spielen in unserem Alltag eine zunehmend wichtige Rolle. Das Gerät in der Hosentasche verbindet uns mit der Welt, ermöglicht Kommunikation, Spiel, Shopping, Recherche oder Arbeit. Etwa [87% der Bevölkerung](#) ab 14 Jahren nutzen das Internet mehrmals pro Woche. Basierend auf Studien der letzten Jahre weisen schätzungsweise zwischen 1 und 4% der Bevölkerung ab 15 Jahren eine problematische Internetnutzung auf ([Marmet et al. 2016](#) / [SGB 2017](#)). Bislang liegt indes für Verhaltensweisen, die oft eine «problematische Internetnutzung» genannt werden, keine allgemein anerkannte Begrifflichkeit, Definition oder Diagnose vor. Wie bereits aus früheren Untersuchungen bekannt ist, sind von einer problematischen Nutzung vor allem [jüngere Menschen](#) betroffen (etwa eine/r von zehn unter den 15- bis 24-Jährigen) – sie nutzen das Internet generell am meisten.

Behandlungsnachfrage

Das Monitoring-Netzwerk *act-info* zeigt, dass im Jahr 2018 in der Schweiz 0.6% der in den teilnehmenden Einrichtungen der Suchtbehandlung aufgenommenen Personen hauptsächlich wegen problematischer Internetnutzung behandelt wurden (aufgrund welcher Internetaktivität ist dabei nicht bekannt). Das Durchschnittsalter der behandelten Personen liegt bei ca. 23 Jahren und mit 86% sind mehrheitlich Männer in Behandlung. Zur Frage, weshalb Frauen untervertreten sind, sollte die deutsche Studie "IBS Women" bald mehr Hinweise liefern.

Jugendliche und junge Erwachsene reflektieren ihre Online-Zeit kritisch

Zwei neue Studien zeigen, wie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit digitalen Medien umgehen.



Die [EU Kids Online Schweiz Studie 2018¹](#) bringt u.a. Aufschluss über die exzessive Internetnutzung bei den 9- bis 16-Jährigen. Ein Drittel der Befragten gibt an, dass ihre Internetnutzung negative Folgen für den Alltag hat. Familie, Freunde und Hausaufgaben leiden am häufigsten darunter. Etwa ein Viertel hat im letzten Jahr versucht, weniger Zeit online zu verbringen, es aber nicht geschafft.

Die Studie «[always on](#)» 2019 zeigt, dass 16- bis 25-Jährige in ihrer Freizeit im Durchschnitt 4 Stunden pro Tag online sind. Sie sind deutlich länger und häufiger als Erwachsene (40- bis 55-Jährige) online und nutzen insbesondere instant messaging apps, Social Media, Videostreaming und Online-Games intensiver. Etwa die Hälfte der Jugendlichen erlebt «always on²» vorwiegend positiv wegen der Möglichkeiten zur Kommunikation, Information und Unterhaltung. Fast alle Jugendlichen wenden mindestens eine Regulierungsstrategie an, indem sie z.B. das Handy zur Seite legen, um sich zu konzentrieren.

Stress mit Social-Media kann problematisch werden

Soziale Netzwerke bieten eine grosse Bandbreite an Funktionen an. Gemäss einer in Deutschland realisierten Studie können Social Media vor allem für jene, welche die Plattformen regelmässig nutzen, sowohl Stressfaktor als auch Ablenkung darstellen. Wer durch soziale Medien gestresst ist, nutzt offenbar die gleichen Plattformen zur Stressbewältigung. Betroffene verlagern ihre Aktivitäten innerhalb der Netzwerke und riskieren, ein übermässiges Verhalten zu entwickeln. Beitrag auf Konturen³.

Games: Teil des Alltags, kulturelles Gut, Wettkampf und Krankheit

Dass digitale Medien heute den Alltag stark prägen, wurde auch am 3. nationalen Digitaltag von Anfang September 2019 deutlich. Unter dem Motto «digital gemeinsam erleben», beteiligten sich Interessierte an mehr als 300 Aktivitäten an verschiedenen Standorten. Über 270'000 Personen haben landesweit vor Ort, Hunderttausende zudem online die Digitalisierung hautnah erlebt. Mehr als 1'000 Personen diskutierten an den Anlässen mit, darunter Sucht Schweiz zum Thema problematische Internetnutzung. Insgesamt wurden Chancen, Risiken, Hoffnungen und Ängste rund um die Digitalisierung diskutiert.

¹ Für diese Studie wurden in der Deutsch- und Westschweiz über Tausend Schülerinnen und Schüler im Alter von 9 bis 16 Jahren zu ihrem Umgang mit dem Internet und den erlebten Risiken befragt (dies entspricht keiner für die Schweiz repräsentativen Befragung).

² Es besteht keine einheitliche Definition von «always on». Die Studie versteht darunter, «kontinuierlich in beiden Räumen präsent zu sein, physisch an einem Ort und gleichzeitig in anderen virtuellen Räumen und mit entfernten Menschen in Kontakt».

³ Für diese nicht repräsentative Untersuchung wurden 444 deutsche Facebook-NutzerInnen befragt.



Videospiele werden zunehmend als kulturelles und künstlerisches Gut betrachtet. Das zeigt sich beispielsweise an der Teilnahme von Bundesrat Alain Berset an der Gamescom in Köln. Auch [Auszeichnungen](#) werden verliehen: Um zur Entwicklung der digitalen Kreativität beizutragen, lancierte der Kanton [Waadt](#) im letzten Jahr eine Ausschreibung für innovative Videospiele.

Die [Zeitschrift](#) «Aus Politik und Zeitgeschichte» nähert sich dem Gaming aus verschiedenen Perspektiven – u.a. beleuchtet sie das Wettkampf-Gaming, das neue Fragen aufwirft. Im führenden E-Sport-Land Südkorea haben negative Begleiterscheinungen dazu geführt, dass bereits 2011 die Spielzeiten für Kinder beschränkt wurden. Das Internationale Olympische Komitee zeigt sich bislang mit Blick auf die in vielen Spieltiteln präsente Gewalt zurückhaltend, was eine Anerkennung von E-Sport als Sport angeht.

Die Video- und Onlinespielstörung ist ein Krankheitsbild, das in der medizinischen Versorgung an Bedeutung gewinnt. Im letzten Mai hat die Weltgesundheitsorganisation die elfte Version der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten“ (ICD-11) an der WHO-Jahresversammlung in Genf verabschiedet. Die diagnostischen [Kriterien](#) dieser Störung sind Kontrollverlust, eine erhöhte Priorität, die dem Videospiel eingeräumt wird, Vorrang vor anderen Interessen und Aktivitäten und die Fortsetzung oder Zunahme des Verhaltens trotz schädlicher Auswirkungen.

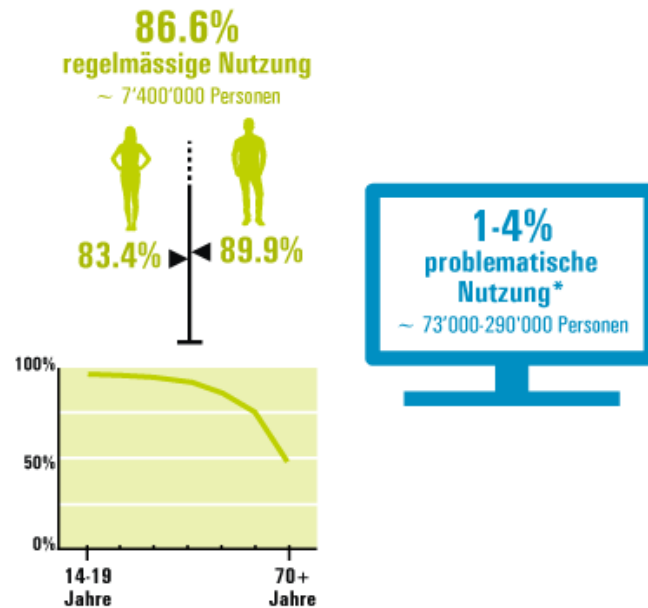
Spiele mit besonderen Risiken

[Videospiele](#) als Konsumprodukt haben sich mit dem Aufkommen von Kaufsystemen im Spiel (z.B. Mikrotransaktionen, «loot boxes») stark verändert. Ein Review eines international zusammengesetzten Autorengremiums kommt zum Schluss, dass einige In-Game-Beschaffungssysteme als unfair oder ausbeuterisch bezeichnet werden können. Spiele mit Informationsvorteilen (z.B. Verhaltenstracking) und Datenmanipulation (z.B. Preismanipulation) sollen Angebote optimieren, um weitere Geldausgaben anzuregen. Gleichzeitig gibt es nur begrenzte oder keine Garantien oder Schutzmassnahmen (z.B. Rückerstattungsanspruch für Spielende).



INTERNET

Internetnutzung in der Bevölkerung
ab 14/15 Jahren (2015, 2017, 2018)



* gemäss Compulsive Internet Use Scale
Quelle: CoRoIAR (Marmet et al., 2015), BFS, 2019a, SGB (BFS, 2019b)

Gesetze laufen Gefahr, von der Realität abgehängt zu werden

Die Vernehmlassung zum neuen Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele wurde im letzten Frühjahr abgeschlossen. Damit möchte der Bundesrat Jugendliche vor gewissen Medieninhalten schützen. [Fachleute](#) monieren indes, dass das Gesetz junge Menschen unzureichend schütze und die problematische Nutzung nicht ausreichend verhindere. Sie fordern, Videospiele auch gemäss ihren störungsfördernden Faktoren einzustufen bzw. den Zugang zu gewissen Spielen einzuschränken und zu kontrollieren.

Ein grosses Schlagwort bleibt die Medienkompetenz. Seit 2011 engagiert sich das Bundesamt für Sozialversicherungen im Auftrag des Bundesrats für den Jugendmedienschutz. Kinder und Jugendliche sollen einen kompetenten Umgang mit digitalen Medien lernen und wissen, wie sie sich vor Risiken schützen können. Damit dies gelingt, übernehmen Eltern, Lehr- und Erziehungspersonen wichtige Begleitaufgaben. Die [nationale Plattform](#) Jugend und Medien unterstützt sie dabei mit Informationen und Tipps für den Alltag. Im Setting Schule gehört Medienbildung heute zur unverzichtbaren Aufgabe und Eltern nehmen eine wichtige Rolle in der [Medienerziehung](#) ihrer Kinder ein.



Die WHO hat mit ihren Leitlinien für körperliche und sitzende Aktivitäten sowie Schlaf bei Kindern unter fünf Jahren neue Eckwerte in Bezug auf die Dauer der Bildschirmnutzung aufgezeigt.

Eltern und Schulen stärken sowie gezielt regulieren

Die Herausforderung liegt darin, das Online-Verhalten weder zu dramatisieren noch zu verharmlosen. Die grosse Mehrheit der NutzerInnen hat alles im Griff, während eine kleine Minderheit Probleme entwickelt. Diese müssen ernst genommen werden und Betroffene sollten adäquate Unterstützung erhalten, denn die Folgen für die Gesundheit, für Ausbildung und Beruf sowie das soziale Leben sind beträchtlich.

Zum einen gilt es, falsche Ängste zu zerstreuen, gerade bei Eltern – zum anderen braucht es **fundierte Informationen**, um einen angemessenen Online-Konsum mit Jugendlichen zu finden. Hier benötigen die Eltern Unterstützung. Es ist von einem grossen Bedürfnis der Erziehungsberechtigten auszugehen.

Ein bedeutendes Potenzial und viel Verantwortung liegen bei den **Schulen**, die vielerorts neue Lehrmittel benötigen. Gemäss Lehrplan 21 für die deutsch- und mehrsprachigen Kantone gehört das Modul Medien und Informatik heute zum Unterrichtsstoff. Auch der «Plan d'études romand» sieht den Umgang mit Medien als Teil der schulischen Ausbildung vor. Die Umsetzung muss an- und weiterlaufen, namentlich auch die Fortbildung von Lehrkräften.

Jugendschutz dank besserer Regulierung: Sucht Schweiz plädiert dafür sog. Loot boxes zu verbieten – wie dies bereits in Ländern wie Belgien und in den Niederlanden der Fall ist. Diese Tools, bei denen Spielende nicht wissen, was sie kaufen, haben **Glücksspielcharakter** und begünstigen so ein problematisches Spiel.

Die **Forschung** braucht neue, qualitative Ansätze und sie sollte verstärkt auf die spezifischen Bedürfnisse und Motive von Menschen in Beratung/Behandlung fokussieren.